

genießen solle. Ihres Wissens aber sei die Conföderationsurkunde dem Könige noch gar nicht zugesendet worden. Gründe für Entsetzung desselben seien ihnen noch gar nicht bekannt. Eine solche würde sicherlich einen langwierigen Krieg zur Folge haben. Somit sollten die Gesandten pro admissione Ferdinandi stimmen. Würden freilich die Böhmen pro rejiciendo rege Ferdinando praegnantiores rationes vorbringen, durch welche ihr Landtagschluß von 1617 und ihr jurament salviret und sie selbst vom Eide gebühlich liberiret werden könnten, so seien sie nicht gemeint, sich von den übrigen Ländern abzusondern. Doch sollten die Gesandten zuvor diese relationes, und wie mit der rejectio zu procediren und dieselbe zu effectuiren, ihnen notificiren, also in jedem Fall erst Regreß an die oberlausitzischen Stände nehmen. In einem Postscriptum aber ertheilte man den Gesandten einen Verweis, „daß sie so scharf an sie [die Stände] geschrieben und ihnen gleichsam vorschreiben gewollt, was sie thun sollten“.

Wir haben absichtlich den Inhalt all dieser Schreiben so ausführlich referirt, um den absoluten Gegensatz zwischen den in der Oberlausitz und den in Prag herrschenden Anschauungen zu erweisen. Die Oberlausitzer Stände hatten auch diesmal ihre alte Loyalität bewahrt. Die Gesandten hatten den Befehl erhalten, pro admissione Ferdinandi zu stimmen. Allein — derselbe kam zu spät.

Inzwischen hatten die Truppen König Ferdinands Anfang August in Mähren, bald darauf auch in Südböhmen bei Tabor gesiegt. Die Mährer baten auf Grund der Conföderation um schleunige Zusendung der Bundeshilfe. Die Oberlausitzer Gesandten entschuldigten sich (9. August), da sie ihren Principalen noch gar nicht die Conföderationsakte hätten zusenden können, so könnten sie für ihre Person auch noch nicht den darin stipulirten Succurs bewilligen; übrigens sei in der Oberlausitz noch gar kein Kriegsvolk geworben. Am 11. August drang Graf Schlick aufs neue in sie, ihre Stände um sofortige Entsendung von Truppen und Geld anzugehen, wie ja auch Schlesien bereits im Begriff sei, beides zu schicken. Ihre Stellung gegenüber den Böhmen wurde begreiflicher Weise durch diese immerwährenden Entschuldigungen, die fast den Anschein consequenter Weigerung gewannen, nicht angenehmer. Am 19. August¹⁾ meldete Graf Albin Schlick den Gesandtschaften der incorporirten Länder, die Böhmen hätten sich nun definitiv entschieden, König Ferdinand nicht zu admittiren und sein Schreiben daher gar nicht erst zu beantworten. Auch die Gesandtschaften sollten nun dies hochwichtige Werk in reisliche Berathschlagung nehmen. Den 21. August erklärten sich die Schlesier, wie schon vorher die Mährer, in materieller Hinsicht mit dem Botum der Böhmen einverstanden, riethen aber in formeller Hinsicht, zu erklären, nicht: die Länder hätten König Ferdinand rejicirt, sondern: er selbst habe sich der Regierung über die Länder begeben und entsetzt, eine Wendung, auf welche die Böhmen gern eingingen.

Die drei vorgehenden Länder hatten jetzt also gestimmt. Wilhelm v. Ruppä, der Präsident der Direktorialregierung, drängte daher die Oberlausitzer, nun auch ihr Botum „noch heutigen Tages“ abzugeben, da *summu periculum in mora*. Mit Mühe erhielten sie Aufschub bis mor-

¹⁾ Vgl. Gindely II. 199 fg.